

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 20.11.2025**

Nr. 277	Dr. Reinhard Völker CDU Dez. I z.w.V. Eingang 03.09.2025	Am Rande der Landeuro-Konferenz gab es vor dem RMCC eine Demonstration der Linken. Auf Bildern der VRM ist als Teilnehmerin der Demonstration unzweifelhaft auch Rechtsdezernentin Löbcke zu erkennen. Verantwortlich für das Rechtsamt, ist sie auch für die öffentliche Sicherheit, Ordnung und die rechtliche Bewertung von Veranstaltungen zuständig. Als Beamtin muss sie die Neutralitätspflicht einhalten, d. h. sie muss parteipolitisch neutral agieren und ihr Amt unparteiisch ausüben. Stattdessen hat sie als Teilnehmerin einer Linken-Demonstration gegen eine sicherheitspolitische Konferenz, die mit städtischer Zustimmung im RMCC stattfand, demonstriert. Ich frage den Magistrat, 1. ob Rechtsdezernentin Löbcke als offizielle Vertreterin des Magistrats vor Ort war? 2. wie wird die Teilnahme der Dezernentin Löbcke an der Demonstration der Linken anlässlich der Landeuro-Konferenz bewertet? 3. ob durch die Teilnahme an der Demonstration die Neutralitätspflicht von Dezernentin Löbcke verletzt wurde?
Nr. 282	Sofia Karipidou CDU Dez. I z.w.V. Eingang 13.11.2025	Bei der Übergabe von 7 neuen Feuerwehrfahrzeugen am 7.11. betonte der Leiter der Berufsfeuerwehr, die Feuerwehr dürfe nicht zum Zankapfel politischer Parteien werden, schon gar nicht im Wahlkampf. Dies hatte er bereits im Sicherheitsausschuss geäußert, als die konträren Aussagen seines Stellvertreters in der Hessenschau und die Reaktion des Kreisfeuerwehrverbands Thema waren. Ich frage den Magistrat: 1. Wie und wann wurden die Fraktionen zur Fahrzeugübergabe eingeladen? 2. Warum wurde mitgeteilt, die Übergabe finde um 12 Uhr auf dem Schlossplatz statt, obwohl sie vor dem Kurhaus stattfand? 3. Hält es der Magistrat für vereinbar mit der gebotenen parteipolitischen Neutralität, wenn ein Oberbürgermeister in amtlicher Funktion in den sozialen Medien einen Beitrag der eigenen Partei zur

		Übergabe teilt, bislang jedoch keinen Beitrag der Opposition? 4. Wie und wann wurden die Gespräche vor Ort vom Oberbürgermeister gemäß seiner Verfügung vom 22.08.25 genehmigt?
Nr. 280	Michael David SPD Dez. I z.w.V. Eingang 01.10.2025	Ab August 2020 setzte die mattiaqua im Rahmen eines Modellprojektes KI im Schwimmbad Kleinfeldchen ein, die bei der Erkennung Ertrinkender helfen und so die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen soll. Ich frage den Magistrat: 1. In welchen Becken/Einrichtungen der mattiaqua wurde KI getestet? 2. Wie bewertet der Magistrat die Praxiserfahrungen?
Nr. 184	Christian Bachmann FWG/Pro Auto Dez. I z.w.V.	Ehrenamtlich organisierte Großveranstaltungen wie die Gibber Kerb oder auch das Schiersteiner Hafenfest stehen vor finanziellen Herausforderungen, die einen Weiterbetrieb der langjährigen und für die Stadtbevölkerung wichtigen Feste gefährdet: Wir fragen daher den Magistrat: 1. Wie sorgt der Magistrat konkret für eine Entlastung der Vereine um das gelebte Ehrenamt und Brauchtum zu erhalten und die Vereine nicht in die Insolvenzen zu treiben? 2. Was war Inhalt und Ergebnis von den Gesprächen mit den betroffenen Vereinen (Verschönerungsverein Schierstein, Feuerwehr und Veranstaltungsbüro)? 3. Wie kann für alle Vereine eine rechtssichere, aber auch finanziell leistbare Situation geschaffen werden, die öffentlichen Gebühren zu stemmen? 4. Wie ist das Vorgehen bei stadt eigenen Veranstaltungen wie z.B. dem "Superblocksonntag" in Bezug auf sicherheits- und verkehrsrelevante Kosten?
Nr. 200	Silvana Sand SPD Dez. VI z. w. V.	Kommunale Armutsprävention Mit dem Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ setzt Deutschland die 2021 verabschiedete Ratsempfehlung zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie um. Danach soll jedem Kind in Europa bis zum Jahr 2030 der Zugang zu Erziehung, Betreuung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnraum garantiert werden. Ich frage den Magistrat: 1. Welche der im Nationalen Aktionsplan aufgelisteten Maßnahmen fanden bis jetzt Anwendung in Wiesbaden?

		2. Welche unterstützenden Strukturen und Angebote (Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung, Rückzugsorte um ungestört Hausaufgaben zu erledigen usw.) gibt es bereits im Rahmen der kommunalen Armutsprävention? 3. In welcher Form wird Wiesbaden bei der Armutsprävention von Seiten des Bundes unterstützt?
Nr. 153	Sabine Ludwig-Braun SPD Dez. V z.w.V.	Die ELW-Mitarbeiter:innen leisten tagtäglich hervorragende Arbeit, was auch von den Wiesbadener:innen wertgeschätzt wird. Jedoch häufen sich zuletzt aufgebrochene und daher offenstehende Mülleimer in der Innenstadt. Ein Grund könnte sein, dass die Mülleimer mit einem speziellen Schloss versehen sind und Menschen, die auf der Suche nach Pfandgut sind, keinen kompatiblen Mechanismus zum Öffnen/Wiederverschließen besitzen. Diese Mülleimer trüben das Stadtbild und hinterlassen bei vielen ein gewisses Gefühl der Verwahrlosung. Ich frage den Magistrat: 1. Wurden in den vergangenen Jahren Aufbrüche von öffentlichen Mülleimern registriert? Falls ja: a) Bitte kurz auflisten, wie oft dies registriert wurde. b) Wie hoch sind die Reparaturkosten pro Beschädigung? 2. Gibt es die Möglichkeit zur kostengünstigen Nachrüstung der beschädigten Mülleimer mit einem anderen, möglichst niedrigschwelligen Zugang, bspw. selbstschließende Scharniere und/oder Magnetverschluss und wird dies für sinnvoll erachtet?
Nr. 266	Mechthilde Coignè Die Linke Dez. V z.w.V.	Die ELW haben u.a. den Auftrag der Reinigung der öffentlichen Flächen in der Stadt wie des Straßenbegleitgrüns und der Straßenreinigung an städtischen Grundstücken. Ich frage den Magistrat: 1. Umfasst diese Reinigungspflicht auch öffentlich zugängliche Flächen, die sich in der Verwaltung von Fachämtern befinden, die von diesen aber nicht oder nicht zeitnah gereinigt werden? 2. Umfasst die Reinigungspflicht der ELW auch Straßenbegleitgrün und die Straßenreinigung an städtischen Grundstücken (Anliegerreinigung) in den AKK-Stadtteilen, die sich im Eigentum der Stadt Mainz befinden? 3. An wen sollten sich Bürger*innen oder die AKK-Ortsbeiräte wenden, wenn auf solchen Flächen Reinigungsbedarf besteht? 4. An wen soll sich gewendet werden im Falle von Abfallbehältern (bezüglich der Anbringung, Leerung

		und der Reinigung des Umfeldes) auch von solchen, die an Bushaltestellen angebracht sind.
Nr. 156	Ronny Maritzen Die Linke Dez. I z.w.V.	Im Baulandbeschluss 0196 der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Mai 2023 wird unter II.B.3. festgehalten: „Das langfristige Ziel ist ein Nettonull-Flächenverbrauch nach den Vorgaben von Bund und Land.“ Ich frage den Magistrat: 1. Wie wird „langfristig“ definiert? 2. Hat Wiesbaden nach Ansicht des Magistrats unter klimatischen Gesichtspunkten noch lange Zeit, um auf den Flächenverbrauch Nettonull zu kommen? 3. Könnte Wiesbaden auch ohne Vorgaben von Bund und Land den Flächenverbrauch Nettonull umsetzen? 4. Worauf sollte Wiesbaden noch warten, bevor es den Flächenverbrauch Nettonull umsetzt?
Nr. 281	Ralf Offermanns AfD Dez. I z.w.V. Eingang 13.10.2025	Laut Jahresbericht Ostfeld erteilte die Kommission der Verwaltung am 04.06.2024 den Auftrag, neben einer Schienenanbindung auch eine Buslösung prüfen zu lassen. Damit werden öffentliche Mittel für eine Untersuchung verwendet, deren Ergebnis absehbar ohne planerische Relevanz bleibt, da bekannt ist, dass ausschließlich eine Schienenanbindung für die adäquate Erschließung des Quartiers infrage kommt. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: Warum beauftragt die Kommission Ostfeld kostenintensive Untersuchungen - etwa zur Prüfung einer „vergleichbar leistungsfähigen Buserschließung“ obwohl eine solche Busanbindung gar nicht den Vorgaben der Regionalversammlung entspricht? Wie hoch ist der Gesamtaufwand für die Untersuchung zur Busanbindung (inklusive Personalkosten der Verwaltung)?
Nr. 180	Susanne Hoffmann-Fessner SPD Dez. V z.w.V.	Laut Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Wiesbaden, ist das aggressive Betteln durch nachdrückliches oder hartnäckiges Ansprechen von Personen, das Betteln durch das Vorschicken von Kindern sowie das organisierte Betteln verboten. Doch dagegen wird leider häufiger verstoßen. Ende November 2023 hatten Stadt- und Landespolizei eine gemeinsame Aktion gestartet: Sie wollen koordinierter und härter gegen aggressive und gewerbliche Bettelbanden vorgehen. Ich frage den Magistrat: 1. Wie fällt die Bilanz der gemeinsamen Aktion von Stadt- und Landespolizei aus? 2. In welchem Abstand oder zu welchen Anlässen sind solche gemeinsamen Aktionen der Stadt- und Landespolizei in Zukunft geplant?

		3. Gab es <u>auch</u> Fälle von aggressivem und/ oder organisiertem Betteln auf dem Sternschnuppenmarkt oder an der Eisfläche am Bowling-Green und <u>wenn ja, wie</u> ist damit umgegangen worden?
Nr. 166	Daniel Weber Volt Dez. I z.w.V.	In einigen Kommunen in Hessen und Rheinland-Pfalz haben die Freibäder aufgrund der sommerlichen Temperaturen im September spontan die Öffnungszeiten ihrer Freibäder angepasst und die Badesaison so für ihre Bürger*innen verlängert. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und fehlender Bademeister*innen und fehlenden Kassenpersonals sind spontane Verlängerungen der Öffnungszeiten jedoch nicht immer kurzfristig durchführbar Ich frage den Magistrat: 1. Ist in der Zukunft bei guter Wetterlage im Spätsommer eine spontane Verlängerung der Öffnungszeiten in Freibädern möglich? 2. Welche Hürden und Hindernisse stehen einer spontanen Öffnung im Spätsommer im Weg? 3. Gab es in der diesjährigen Badesaison Probleme aufgrund des Fachkräftemangels? 4. Welche zusätzlichen Kosten würden bspw. durch eine zweiwöchige Verlängerung der Öffnungszeiten entstehen und welche zusätzlichen Einnahmen würden generiert?
Nr. 223	Achim Sprengard Volt Dez. II z.w.V.	Zum Ende der Freibadsaison 2023 verschenkte die Gemeinde Bad Schwalbach Wasser ihrer Schwimmbäder an Anwohnende und Landwirte. Ca. 800.000 Liter Wasser konnten so z. B. zur Bewässerung von Feldern verwendet werden. Laut Berichterstattung des Wiesbadener Kuriers vom 12.01.2023 soll für Wiesbaden geprüft werden, ob auf dem Gelände des Schwimmbads Maaraue ein Silo zur Speicherung des Wassers errichtet werden kann. ¹ Ich frage den Magistrat: 1. Wie viele Liter Wasser könnte die LHW durch ein Silo an der Maaraue wiederverwenden? 2. Wie ist der aktuelle Sachstand der Planung und wie teuer wäre der Bau eines Silos? 3. Gibt es andere Schwimmbäder im Stadtgebiet, wo ähnliche Projekte umgesetzt werden könnten? Wenn ja, welche und wie viele Liter Wasser könnten dort wiederverwendet werden? 4. Wie wird sichergestellt, dass durch dieses Wasser das Grundwasser nicht durch Schadstoffe, wie beispielsweise Chlor, verunreinigt werden könnte?

¹ [Freibad-Wasser: Maaraue bekommt ein Silo \(wiesbadener-kurier.de\)](https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/bad-schwalbach/wiesbaden-2023-01-12-freibad-wasser-maaraue-bekommt-ein-silo)

Nr. 106	Dr. Gerhard Uebersohn SPD Dez. I z.w.V.	Am 5. Januar 2023 kam es in Wiesbaden Nordenstadt zu einer fatalen Gasverpuffung in einem Wohnhaus, hierbei wurden zwei Personen verletzt. Die Ursache für die Verpuffung war ein Defekt an einer Gasleitung, welche aus dem Jahr 1973 stammt. Hierdurch hatte sich ausströmen- des Gas vermutlich im oder unter dem Wohnhaus ange- sammelt. Der Defekt lag außerhalb des beschädigten Gebäudes. Die Ursache der Verpuffung ist noch unge- klärt. Ich frage den Magistrat: 1. Ist die Ursache des Gaslecks bereits bekannt? 2. Werden die Gasleitungen in Wiesbaden regelmäßig überprüft? Wenn ja, a. erfolgt die Überprüfung innerhalb oder außerhalb der Gebäude? b. in welchen Intervallen erfolgt die Überprüfung? c. mit welcher Methode erfolgt die Überprüfung? d. welches Ergebnis brachten die Überprüfungen bisher? 3. Gibt es in Wiesbaden Gasleitungen, die noch älter sind als die betroffene in Nordenstadt? 4.
Nr. 126	Alexander Winkelmann FDP Dez. V z.w.V.	Der Geschäftsführer von ESWE Verkehr, Jan Görnemann, hat Anfang Februar die SPD Wiesbaden be- sucht, was von mehreren Teilnehmern auf Social Media und auf verschiedenen Websites dokumentiert wurde. Am 12. Februar 2023 um 14:17 Uhr erschien ein Bericht auf der Website des SPD-Ortsvereins Rheingauviertel- Hollerborn unter der Überschrift „Schwierige Zeiten und Entscheidungen bei ESWE Verkehr“. Dort hieß es u.a.: „Es wird eine weitere Veranstaltung zum Thema Straßenbahn in absehbarer Zeit geben. Denn Denkver- bote, darin waren sich die Diskussionsteilnehmer einig, lösen die Probleme des ÖPNV in Wiesbaden nicht.“ Ich frage daher den Magistrat: Welche Pläne haben der Magistrat, der Verkehrsdezer- nent und Herr Geschäftsführer Görnemann für die Ein- führung einer Straßenbahn in Wiesbaden und wann wer- den diese offensichtlich bestehenden Pläne einer brei- teren Öffentlichkeit präsentiert?
Nr. 110	Aman Yoseph SPD Dez. II z.w.V.	Am Dienstag, den 17.01.23 waren sowohl die Stadtver- waltung als auch die Feuerwehr über mehrere Stunden von einem umfassenden Ausfall der IT- Infrastruktur be- troffen. Es bestand über mehrere Stunden keine Möglic- heit zur Nutzung von E-Mails und der Zugriff auf Netz- werklaufwerke sowie das Internet waren ebenfalls nicht möglich. Auch die Telefonverbindungen waren betroffen. Ich frage daher den Magistrat,

		1. worin lag die Ursache für die beschriebenen Ausfälle der IT Infrastruktur? 2. wie zukünftig verhindert werden kann, dass es zu so einem umfangreichen Ausfall kommt, etwa durch Redundanz von zentralen technischen Komponenten.
Nr. 217	Michael David SPD Dez. I z.w.V.	Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung hinsichtlich des Abrisses des Alten Arbeitsamtes an der Elly-Heuss-Schule ist die Idee der Einrichtung eines Sportinternates in diesen Räumlichkeiten hinfällig. Ich frage daher den Magistrat: 1. Welche Punkte aus dem Letter of Intend zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Land Hessen sind bereits abgearbeitet? 2. Wie ist der aktuelle Stand zur Beteiligung von Land und Sportverbänden bei dem Projekt? 3. Wie bewertet der Magistrat eine mögliche Trägerschaft des Landessportbundes Hessen? 4. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat hinsichtlich der Einbeziehung eines Sportinternats in das Projekt Studenten- und Auszubildendenwohnheim am Elsässer Platz? 5. Wie ist der weitere Fortgang des Prozesses seitens des Magistrates?
Nr. 229	Aman Yoseph SPD Dez. V z.w.V.	2015 wurde die nächtliche Höchstgeschwindigkeit auf der A3 zwischen Niedernhausen und Wiesbadener Kreuz auf 100 km/h aus Lärmschutzgründen reduziert. Diese Limitierung ist 2023 wieder entfallen, weil durch "die Corona-Pandemie (...) die Verkehrsbelastungen (...) um 5 bis 10 % gefallen" sind und dadurch die Lärm-Grenzwerte unterschritten würden und die Unfallzahlen gesunken seien. Mittlerweile gilt der Abschnitt wieder als Unfallschwerpunkt als zweitgefährlichste Straße Hessens. Ich frage daher den Magistrat: 1. Ist das Verkehrsaufkommen und damit die Lärmemissionen auf dem genannten Abschnitt gegenüber den Zahlen in der Corona-Pandemie wieder gestiegen? 2. Falls die Lärmgrenzwerte wieder überschritten wurden oder sich der Unfallschwerpunkt manifestiert - welche Schritte empfiehlt der Magistrat zur (Wieder)Einführung einer Geschwindigkeitsreduktion auf der A3?
Nr. 230	Daniel Weber Volt Dez. V z.w.V.	In Wiesbaden stehen aktuell etwa 180 Fahrzeuge an 105 Carsharing-Stationen zur Verfügung. Dadurch bieten sich ökonomische, ökologische und praktische Vorteile für Nutzende und die Stadt. Es ist eine kostengünstige und umweltfreundliche Alternative zum eigenen Auto und ideal für Menschen, die nur gelegentlich ein Auto benötigen. Carsharing kann langfristig zu einer Veränderung

		des Mobilitätsverhaltens beitragen und ist Bestandteil der Mobilitätswende. Ich frage den Magistrat: 1. Wie haben sich die Nutzungszahlen seit 2023 insgesamt entwickelt? 2. Wie haben sich die Nutzungszahlen in den Außenbezirken seit 2023 entwickelt? 3. Ist ein weiterer Ausbau des Angebots geplant? Falls, ja in welchem Umfang? 4. Welche Stationen sind am wenigsten, welche am stärksten frequentiert? 5. Gibt es Probleme mit Falschparkern an den Stationen? 6. Welche Fahrzeugtypen werden angeboten? 7. Welche Entfernungen werden durchschnittlich zurückgelegt?
Nr. 231	Janine Vinha Volt Dez. III z.w.V.	Die zwei Bücherbusse der Fahrbibliothek ermöglichen es WiesbadenerInnen in den Außenbezirken, wöchentlich bzw. zweimal pro Monat Medien verschiedener Art auszuleihen. Das Angebot der Fahrbibliothek umfasst neben Büchern auch CDs, DVDs, Tonies, Tiptoi und aktuelle Zeitschriften. Den NutzerInnen steht zudem kostenloses W-Lan zur Nutzung der Online-Angebote zur Verfügung. Ausfälle oder Verspätungen werden nach Anmeldung über Kurznachricht oder E-Mail bekannt gegeben. Überdies kann ein Whatsapp-Kanal abonniert werden. Ich frage den Magistrat: 1. Wie haben sich die Nutzungszahlen in den letzten drei Jahren bezogen auf die verschiedenen Haltepunkte entwickelt? 2. Welche Regelungen gibt es für die Nutzung durch Schulen? 3. Gibt es einen Trend bei der Ausleihe von Medien? 4. In welchem Umfang wird der Benachrichtigungsdienst genutzt? 5. Wie viele NutzerInnen haben den Whatsapp-Kanal abonniert?
Nr. 148	Dr. Klaus-Dieter Lork AfD Dez. II z.w.V.	Fast eineinhalb Jahre ist es nun her, dass der Magistrat im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie darüber berichtete, dass an 1-2 Standorten in Wiesbaden Eichhörnchenbrücken als Modellprojekt angelegt werden sollen. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: 1. Laufen die Pilotprojekte bereits und wenn ja, an welchen Standorten? Wenn nein, warum nicht? 2. Wann ist mit dem Abschluss der Pilotprojekte zu rechnen?

		3. Kann bereits abgeschätzt werden, ob die Maßnahmen als sinnvoll, im Rahmen des Tierwohls der Eichhörnchen, zu betrachten sind? Mit welchen ungefähren Kosten ist für die Umsetzung eines Standortes zu rechnen? 4. Sind bereits weitere mögliche Standorte zur Installation von Eichhörnchenbrücken in Wiesbaden identifiziert worden?
Nr. 233	Alexander Winkelmann FDP Dez. V z.w.V.	Mit dem Beschluss Nr. 0201 vom 11.07.2024 hat die Stadtverordnetenversammlung das „Stationskonzept für E-Tretroller im historischen Fünfeck“ beschlossen. Damit sollten feste Abstellzonen für E-Tretroller eingerichtet werden, sodass diese nur noch an bestimmten Orten im relevanten Gebiet abgestellt werden können, während außerhalb dieser Abstellzonen ein Abstellen nicht möglich sein soll. Einige Abstellzonen wurden u.a. auf bisher bewirtschafteten Parkflächen eingerichtet. Es fällt auf, dass einige dieser Zonen praktisch nicht durch E-Tretroller besetzt werden (etwa Luisenstraße vor dem Justizministerium) und stattdessen nach wie vor als Parkfläche genutzt werden. Ich frage daher den Magistrat: 1. Ist es mittlerweile tatsächlich nur noch möglich die E-Tretroller in den dafür vorgesehenen Abstellzonen abzustellen? 2. Inwieweit ist eine Evaluation des Konzeptes geplant? 3. Gibt es Daten dazu, wie intensiv die einzelnen Abstellzonen (Anzahl der abgestellten Roller pro Tag) genutzt werden?
Nr. 234	Lucas Schwalbach FDP Dez. II z.w.V.	Im vergangenen Jahr wurde das höchst umstrittene „Konzept für die Jagd im Wiesbadener Stadtwald in Zeiten des Klimawandels“ beschlossen. Dieses stieß auf erhebliche Kritik der Wiesbadener Jägerschaft und weiterer Vereinigungen. Als Reaktion auf diese Kritik hat die Linkskooperation zu dem ursprünglichen Konzept einen Ergänzungsantrag gestellt. Darin wird u.a. gefordert „zeitnah gemeinsam mit dem Kreisjagdberater einen Informationstermin zum neuen Jagdkonzept zu organisieren, bei dem Fragen und Anliegen der Wiesbadener Jägerschaft besprochen werden können.“ Ich frage daher den Magistrat: Hat dieser Informationstermin stattgefunden? Wenn der Termin stattfand: Welche Anliegen wurden dort von Seiten der Jägerschaft vorgetragen und wie wird mit diesen Anliegen von Seiten des Magistrats umgegangen? Wenn der Termin nicht stattfand: Warum hat der Termin bisher nicht stattgefunden und für wann ist dieser eingeplant?

Nr. 139	Daniel Weber Volt Dez. V z.w.V.	Seit dem 01. Mai ist das Deutschlandticket gültig, bereits ab dem 03. April war es im Vorverkauf erhältlich. So auch in der neuen App "ESWE Verkehr Tickets", welche ebenfalls Anfang April veröffentlicht wurde. Wir fragen den Magistrat, 1. wie oft die App "ESWE Verkehr Tickets" bisher heruntergeladen wurde 2. wie oft ein Abo des Deutschlandtickets über die App "ESWE Verkehr Tickets" abgeschlossen wurde.
Nr. 236	Jeanette-Christine Wild FDP Dez. II z.w.V.	Zum Jahreswechsel 2024/2025 wurde erstmals das beliebte Silvesterfeuerwerk vor dem Kurhaus durch eine Lichtshow ersetzt. Im Anschluss daran wurde ein Song mit dem Titel „Wir - jetzt - Wiesbaden“ vorgespielt. Dabei wurde auch das entsprechende Musikvideo zum Song gezeigt. In diesem Musikvideo wurden zahlreiche Bildsequenzen aus dem erfolgreichen Imagefilm „Wiesbaden: That’s why we love it“ verwendet. Ich frage daher den Magistrat: 1. Wie kam es zu der Entscheidung den Song und das Video „Wir - jetzt - Wiesbaden“ bei den Silvesterfeierlichkeiten am Kurhaus abzuspielen? 2. Gab es eine offizielle Erlaubnis die Bildsequenzen aus dem Imagefilm „Wiesbaden: That’s why we love it“ für das Video zum Song „Wir - jetzt - Wiesbaden“ zu verwenden? 3. Wurde durch die Produzenten des Videos zum Song „Wir - jetzt - Wiesbaden“ ein Geldbetrag an die Landeshauptstadt Wiesbaden oder an eine Gesellschaft mit Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden gezahlt, um die Bildsequenzen nutzen zu dürfen?
Nr. 206	Michaela Apel SPD Dez. II z.w.V.	Im Januar 2023 hat Innenminister Peter Beuth dem Wiesbadener Stadtteil Westend das KOMPASS-Sicherheitsiegel verliehen. Das ist gut, aber es gibt noch was zu tun. An der Ecke Wellritzstraße/Hellmundstraße gibt es einen Stelle, an der immer wieder Müll abgelagert wird. Das geschieht so häufig, dass man den dortigen Müll nicht über die App „Sauberes Wiesbaden“ melden kann. Es handelt sich um Hausmüll, aber auch um Müll von Gewerbetreibenden in der Umgebung. Die Verursacher sind leicht herauszufinden. Ihre Namen und Adresse stehen auf den Adressfeldern im weggeworfenen Müll. Ich frage den Magistrat: 1. Woran scheiterte bisher trotz Projekt Kompass die Problemlösung? 2. Wie wird seitens der Stadt mit dieser Ablagestelle für Müll umgegangen?

		3. Wie werden die Verantwortlichen für die illegale Müllentsorgung in die Pflicht genommen, wenn die Adressdaten der Verursacher bekannt sind?
Nr. 186	Thomas Schwarze SPD Dez. III z.w.V.	In Wiesbaden gibt es verbundene Haupt- und Realschulen. Der pädagogische Zweck ist es unter Anderem, problemlos von einem System zum Anderen innerhalb einer Schule wechseln zu können. Der Qualifizierende Hauptschulabschluss nach Erreichen der neunten Hauptschulklasse berechtigt zum Übergang in die 10. Klasse der Realschule und zum Erreichen des mittleren Abschlusses. In der letzten Zeit ist es immer wieder vorgekommen, dass verbundene Haupt- und Realschulen ihre Schülerinnen und Schüler nach Erreichen des qualifizierenden Hauptschulabschlusses nicht in die 10. Klasse der Realschule aufgenommen haben. Ich frage den Magistrat: Wie oft ist es in Wiesbaden an den Haupt- und Realschulen in den letzten 3 Jahren vorgekommen, dass SuS nicht in der 10. Klasse aufgenommen worden sind, obwohl sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür hatten. Welche Gründe für die Nichtaufnahme in die 10. Klasse der Realschule können genannt werden?
Nr. 239	Dr. Klaus-Dieter Lork AfD Dez. II z.w.V.	Mit Urteil vom 22.01.2025 hat das Bunderfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde eines Tübinger Unternehmers gegen die Stadt Tübingen über die Erhebung einer Verpackungssteuer zurückgewiesen. Der Handelsverband Deutschland (HDE) warnt: „Für Händlerinnen und Händler kann das zu einer unübersichtlichen Flut unterschiedlicher Regelungen und einem entsprechend erheblichen bürokratischen Aufwand führen“. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: Plant die Stadt Wiesbaden vor dem Hintergrund dieser Entscheidung - für den Fall, dass es keine bundesweit einheitliche Regelung geben wird - für die Zeit nach der OB-Wahl für Wiesbaden eine Verpackungssteuer einzuführen? Falls ja, wie soll den durch den HDE vorgebrachten Bedenken Rechnung getragen werden?
Nr. 240	Christian Bachmann FWG / Pro Auto Dez. I z.w.V.	In den Medien wird immer wieder davon berichtet, dass es Übergriffe auf Mitarbeiter der Verwaltung, von Hilfskräften oder von Verkehrsbetrieben etc. gibt. Leider auch in Wiesbaden! Hierzu haben wir die folgenden Fragen: Der Magistrat wird gebeten zu berichten: 1: Wurden 2024 Mitarbeiter der Stadt (z. B. Verwaltung und Feuerwehr) oder von städtischen Gesellschaften (z.

		B. ESWE Verkehr oder ELW) bei Übergriffen körperlich verletzt? Wenn ja, wie viele? 2. Waren 2024 durch Übergriffe AU-Zeiten entstanden? Wenn ja, wie viele Gesamttage? 3. Was unternimmt der Magistrat im Vorfeld (präventiv), um solche Übergriffe möglichst gar nicht entstehen zu lassen bzw. die Mitarbeiter zu schützen? 4. Welche Unterstützung bekommen betroffene Mitarbeiter von Seiten des Magistrates?
Nr. 140	Thomas Schwarze SPD Dez. V z.w.V.	Die erneute Umfrage des Stadt Elternbeirates im März 2023 ergab ein ernüchterndes Stimmungsbild; zwei Drittel werteten die Busse zur Schule als unzuverlässig. Als Folge wechselten viele Schüler*Innen vom Bus ins Auto. Parallel hat die ESWE Verkehr seit September 2022 den Fahrplan mehrfach verstärkt und setzt, häufig auch spontan, Verstärkerfahrten ein. Ich frage den Magistrat: 1. Wie wurde seitens des Dezernates auf die Umfrage reagiert und wurde das Gespräch mit dem Stadt Elternbeirat gesucht? 2. An welchen Stellen wurde der Busfahrplan seit September 2022 verdichtet? 3. Wie viele kurzfristige Verstärkerfahrten setzt die ESWE Verkehr im Schnitt mit welchen Schwerpunkten ein? 4. Wieso werden die kurzfristigen Fahrten nicht in den Apps und auf den digitalen Anzeigen angezeigt - und wie lässt sich das beheben?
Nr. 242	Lucas Schwalbach FDP Dez. II z.w.V.	Bereits im Jahr 2023 war die Population der Sittiche in Wiesbaden Thema im Umweltausschuss. Gerade für die Landwirtschaft wird die zunehmende Anzahl von Sittichen in Wiesbaden zum Problem. In einem Bericht des Wiesbadener Kurier vom 22.02.2025 wird dargestellt, dass das Wirken der Sittiche zu Ernteverlusten von bis zu 20% führen kann. Kreislandwirt Ditmar Kranz wünscht sich in diesem Zusammenhang Regulierungsmaßnahmen von Seiten der Stadt. Hinzu kommen die erheblichen Probleme durch Bruthöhlen und entsprechende Verschmutzung. Gleichzeitig erklärte Kranz auch Gartenschläfer und Biber seien zunehmend für Ernteeinbußen bei der Landwirtschaft in Wiesbaden verantwortlich. Ich frage daher den Magistrat: 1. Welche Regulierungsmaßnahmen zur Reduktion der Sittichpopulation in Wiesbaden wurden seit 2023 durch den Magistrat ergriffen? 2. Welche Regulierungsmaßnahmen sind von Seiten des Magistrats zur Reduktion des Biber- und Gartenschläferbestands in Wiesbaden geplant?

Nr. 243	Jeanette-Christine Wild FDP Dez. II z.w.V.	Vom 5. März 2025 bis 19. April 2025 findet u.a. in Wiesbaden das sogenannte „Klimafasten“ statt. Dabei handelt es sich um ein Projekt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Auf den entsprechenden Werbematerialien findet sich aber auch die Anmerkung, dass das Projekt unter „Koordination“ von Umweltamt und Grünflächenamt der Stadt Wiesbaden stattfindet. Ich frage daher den Magistrat: 1. Was ist unter Koordination des Projektes durch Umwelt- und Grünflächenamt zu verstehen? 2. Welche konkreten Leistungen wurden von Seiten der Stadt und der beteiligten Ämter erbracht? 3. Wie hoch sind die von Seiten der Stadt aufgewendeten Finanz- und Personalmittel für das Projekt Klimafasten?
Nr. 142	Christian Bachmann FWG/Pro Auto Dez. V z.w.V.	Bereits im Januar 2023 hatte unsere Fraktion einen Antrag für ein Pilotprojekt für den Einsatz einer „Pfefferspraypistole“ eingebracht. Dies wurde im zuständigen Ausschuss am 24.01.2023 leider mit großer Mehrheit abgelehnt. Zwischenzeitlich haben sich bundesweit Übergriffe gegen Polizisten und Stadtpolizisten erhöht. Darüber hinaus gibt es im Umgang mit Distanzwaffen positive Erfahrungen (z. B. in Mainz). Der Magistrat als Arbeitgeber hat unserer Ansicht nach auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Ich frage daher den Magistrat: 1. Welche Gründe sprechen zwischenzeitlich dafür die Mitarbeiter der Stadtpolizei im Rahmen eines Pilotprojekts mit Bodycams und/oder Pfefferspraypistolen auszustatten? 2. Sind zu Punkt 1 schon entsprechende Bedarfe von Seiten der Mitarbeiterschaft und/oder des Personalrates geäußert worden?
Nr. 245	Achim Sprengard Volt Dez. IV z.w.V.	Seit dem 1. März 2020 schreibt das Masernschutzgesetz vor, dass alle nach 1970 Geborenen in Gemeinschaftseinrichtungen einen Masernschutz nachweisen müssen. Kinder benötigen ab einem Jahr eine, ab zwei Jahren zwei Impfungen oder eine Immunitätsbestätigung. Laut Barmer-Arzneimittelreport waren 2022 nur 87% der Zweijährigen gegen Masern geimpft. In Wiesbaden ist der Impfnachweis für die Aufnahme in Kitas verpflichtend. Schulen müssen fehlende Nachweise dem Gesundheitsamt melden, das Bußgelder bis zu 2.500 Euro verhängen kann.

		Ich frage den Magistrat: 1. Wie viele Masernfälle gab es 2023/2024/2025 (nach Alter) in Wiesbaden? 2. Wurden Kinder in Kitas aufgrund fehlender Impfungen/Immunitätsbestätigungen abgewiesen? Wie viele? 3. Wie wird die Impfpflicht bei Kindern kontrolliert, die nach Aufnahme 1 Jahr alt werden? 4. Wie viele Schulkinder wurden aufgrund fehlender Nachweise dem Gesundheitsamt gemeldet? Wie viele Bußgelder wurden in welcher Höhe verhängt?
Nr. 246	Alexander Winkelmann FDP Dez. V z.w.V.	Im Juli 2023 wurden die Verkehrs- und die Stadtpolizei (ehemals Ordnungspolizei) entsprechend langjähriger Forderungen wieder in einem Amt zusammengeführt. Durch diese Zusammenführung wurde unter anderem ein effizienteres Arbeiten und damit verbunden eine gewisse Kostenersparnis erwartet. Ich frage daher den Magistrat: 1. Wie viele Mitarbeiter der Stadtpolizei sind zurzeit im Bereich der Verkehrsüberwachung tätig und wie viele Mitarbeiter der Stadtpolizei sind im Bereich der anderweitigen Gefahrenabwehr (ehemals Ordnungspolizei) tätig? 2. Welche konkreten Kostenersparnisse und Effizienzsteigerungen sind durch die Zusammenlegung von Verkehrs- und Stadtpolizei (ehemals Ordnungspolizei) entstanden?
Nr. 247	Daniel Weber Volt Dez. V z.w.V.	Leihfahrräder sind ein wichtiger Bestandteil in der Schaffung eines attraktiven Alternativangebots zum motorisierten Individualverkehr. E-Bikes können die Nutzung außerdem gerade auf hügeligen Strecken attraktiver machen. Zurzeit gibt es als Anbieter für Leihfahrräder nur "Nextbike", sowie einige wenige Fahrräder von "DB Call-a-Bike" am Hauptbahnhof und "meinRad" in AKK. Ich frage den Magistrat: 1. Wie stark sind die Leihfahrräder der aktuellen Anbieter im Wiesbadener Stadtgebiet ausgelastet? 2. Welche Probleme treten bei der Nutzung der Leihfahrräder, vor allem beim Free Floating, für die Nutzenden sowie andere Verkehrsteilnehmende auf? 3. Wie hoch ist der Anteil der E-Bikes unter den Leihfahrrädern? 4. Gibt es Überlegungen weiterer Anbieter in Wiesbaden Leihfahrräder oder Leih-E-Bikes bereitzustellen? 5. Gibt es Überlegungen, seitens der LHW bzw. der ESWE in Zukunft wieder ein eigenes Leihfahrradsystem aufzubauen?

Nr. 185	Alexander Winkelmann FDP Dez. VI z.w.V.	Am 31.01.2024 wurde bekannt, dass sich fast alle Bundesländer auf gemeinsame Standards für ein Vergabeverfahren zur Bezahlkarte für Flüchtlinge geeinigt haben. Dieses Verfahren soll bis Sommer 2024 abgeschlossen sein. Die Bezahlkarte soll unter anderem Pull-Faktoren reduzieren, weil es dann nicht mehr möglich sein wird, Geld aus staatlicher Unterstützung an Angehörige und Freunde im Herkunftsland oder an Schlepper zu überweisen. Die Einführung der Bezahlkarte wird auch von vielen Flüchtlingen selbst begrüßt. Eine Umsetzung ist daher auch in Wiesbaden möglichst zeitnah geboten. Ich frage daher den Magistrat: 1. Wann ist mit der Einführung einer solchen Bezahlkarte in Wiesbaden zu rechnen? 2. Welche Maßnahmen wurden bereits zur Vorbereitung der Einführung einer Bezahlkarte durch den Magistrat getroffen?
Nr. 189	Prof. Dr. Johannes Luderschmidt Grüne Dez. V z.w.V.	In Wiesbaden gibt es mit Bolt, Voi und Tier 3 Anbieter für Leih-E-Scooter. Für diese beträgt seitens der Anbieter das Mindestalter 18 Jahre, bei privaten E-Scootern min. 14 Jahre für die Teilnahme am Straßenverkehr. Trotzdem sind Minderjährige, vermutlich mit Zahlungsdaten der Eltern, häufig auf Leih-E-Scootern unterwegs. Die Hürden bei der Ausleihe durch Minderjährige sind offenbar gering. Vielen Eltern ist die Altersbeschränkung und ihre Haftpflicht bei möglichen Unfallschäden nicht bewusst, siehe Presseberichterstattung vom 05.02.24. Ich frage den Magistrat: 1. Wer ist für die Kontrolle zur Einhaltung der Altersbeschränkung bei Leih-E-Scootern zuständig, welche Möglichkeiten hat hier die Polizei? 2. Ist bekannt, ob die genannten Anbieter im Falle selbstverschuldeter Unfälle Minderjähriger mit E-Scootern für die Schäden aufkommen oder jemals aufgefunden sind? 3. Welche Möglichkeiten hat die Stadt, gegenüber E-Scooter-Anbietern durchzusetzen, dass nur versicherte Fahrten stattfinden?
Nr. 250	Ingo von Seemen Die Linke Dez. I z.w.V.	Die hessische Landesregierung plant eine Kommunalwahlrechtsreform, bei der das Zählverfahren von Hare-Niemeyer auf d'Hondt umgestellt werden soll. Diese Änderung könnte Auswirkungen auf die Sitzverteilung der Stadtverordnetenversammlung in Wiesbaden zum Nachteil der Repräsentation kleinerer Parteien haben. Ich frage den Magistrat:

		1. Wie bewertet der Magistrat die geplante Umstellung des Zählverfahrens von Hare-Niemeyer auf d'Hondt mit Blick auf die politische Repräsentation in der Stadtverordnetenversammlung in Wiesbaden? 2. Welche konkreten Auswirkungen erwartet der Magistrat durch diese Änderung auf die Sitzverteilung in Wiesbaden, insbesondere für kleinere Parteien? 3. Gibt es aus Sicht des Magistrats verfassungsrechtliche oder demokratietheoretische Bedenken hinsichtlich der geplanten Reform?
Nr. 251	Alexander Winkelmann FDP Dez. I z. w. V.	Der hauptamtliche Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden unterhält eine beachtliche Flotte an Dienstwagen. Dies ist vor dem Hintergrund, dass Wiesbaden nach dem Kooperationsvertrag der Linkskooperation „ökologisch“ werden soll, durchaus bemerkenswert. Ich frage daher den Magistrat: 1. Welcher Fahrzeugtyp wird von den jeweiligen hauptamtlichen Stadträtinnen und Stadträten genutzt und welche Umweltbilanz (bzw. insbesondere welchen CO2-Ausstoß und welchen Spritverbrauch) haben die jeweiligen Fahrzeuge? 2. Wie hat sich die Dienstwagenflotte des hauptamtlichen Magistrats seit der letzten Kommunalwahl verändert?
Nr. 252	Daniel Winter Die Linke Dez. V z. w. V.	Seit dem Jahr 2024 besteht ein absolutes Halteverbot am Zietenring und weiten Teilen des Kurt-Schumacher-Rings, da die Restgehwegbreite ein Beparken nicht mehr zulässt. Ich frage den Magistrat: 1. Wie bewertet der Magistrat die dauerhafte Freihaltung der Gehsteige? Wird das Verbot eingehalten oder missachtet? 2. Gibt es Hinweise, dass an der genannten Örtlichkeiten regelmäßige Geschwindigkeitsübertretungen begangen werden? 3. Ist dem Magistrat bekannt, dass die Örtlichkeit als regelmäßiger Schulweg genutzt wird und dass durch zu hohe Geschwindigkeiten hier zu erhöhten Gefahren führen? 4. Gibt es Möglichkeiten, gerade den Bereich des Zietenrings an welchem SchülerInnen die Straße kreuzen müssen, mit Geschwindigkeitsbegrenzungen und Geschwindigkeitsmessungen (Blitzern) entgegenzuwirken? 5. Sind bauliche Maßnahmen zum Schutz des Gehwegs vor widerrechtlichen Parken sowie zum

		Schutz der FußgängerInnen vor dem Fließverkehr geplant?
Nr. 122	Marc Dahlen CDU Dez. V z.w.V.	Laut der städtischen Homepage gibt es aktuell 31 digitale Verkehrstafeln in der Stadt. Auf diesen Tafeln werden aktuelle Verkehrsmeldungen angezeigt. Wenn keine Meldungen vorliegen, werden anlassbezogene Themen geschaltet. Am 25.01.2023 wurden neben einer veralteten Meldung bzgl. der Sperrung der Schwalbacher Straße vor allem Verhaltensweisen im Straßenverkehr, Werbung für neue Carsharing-Angebote sowie freie Stellen bei der LHW angezeigt. Gleichzeitig werden per Pressemitteilung auf der Homepage der LHW aber aktuelle Straßensperrungen mitgeteilt. Ich frage den Magistrat, 1. warum werden die per Pressemitteilungen gemeldeten Verkehrshinweise nicht auf den digitalen Verkehrstafeln angezeigt? 2. warum wurde am 25.01.2023 auf die Sperrung der Schwalbacher Straße vom 14.01.2023 - 15.01.2023 hingewiesen? 3. ob es möglich ist, dass auf der einzelnen Tafel mehrere Meldungen hintereinander angezeigt werden können, so dass man über alle Meldungen informiert wird?
Nr. 254	Claudia Dreyer CDU Dez. III z.w.V.	Etwa jeder sechste Jugendliche in Deutschland ist schon mal im Internet gemobbt worden. Jeder zweite Teenager (53 Prozent) gab an, jemanden zu kennen, der schon mal persönlich von Cybermobbing betroffen war. Dies geht aus einem aktuellen Bericht des Wiesbadener Kuriers vom 23. März 2025 hervor¹. Ich frage den Magistrat, 1. ob ihm Meldungen oder Informationen über Cybermobbing an Wiesbadener Schulen vorliegen, 2. wenn ja, ob diese quantifiziert werden können, und 3. wie der Magistrat mit ihm zugetragenen Meldungen oder Informationen umgeht?
Nr. 232	Monika Giesa AfD Dez. V z.w.V.	Seit mehreren Jahren beantragt der Ortsbeirat Biebrich im Rahmen der Haushaltsberatungen immer wieder die Schaffung einer Außenstelle der Stadtpolizei. Erneut wird in der Stellungnahme der Fachämter zum Haushaltsplan 2025 die Maßnahme als nicht realisierbar, personell nicht möglich und nicht sinnvoll bewertet. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: Wann gedenkt der Magistrat dem Antrag des Biebricher Ortsbeirates nachzukommen, endlich die personellen Ressourcen zu schaffen, um eine Außenstelle der Stadtpolizei zu errichten und wie kommt ein Fachamt zu

		der Aussage, eine Maßnahme die dem Wunsch des Ortsbeirates und vieler Bürger entspricht, als nicht sinnvoll zu bezeichnen?
Nr. 256	Mechthilde Coignè Linke Dez. I z.w.V.	Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Wiesbaden werden zur Zeit im Wiesbadener Kurier und in der Allgemeinen Zeitung Mainz veröffentlicht. Die Veröffentlichungen verursachten allein dem Veterinäramt im letzten Jahr Kosten im hohen fünfstelligen Bereich. Laut einer Prüfung des Rechtsamtes wäre es alternativ auch durch eine Satzungsänderung möglich, Bekanntmachungen künftig in einem Amtsblatt mit niedriger Auflage zu veröffentlichen. Ich frage den Magistrat: Wie hoch waren die Ausgaben der Stadt Wiesbaden jeweils in den letzten fünf Jahren für öffentliche Bekanntmachungen im Wiesbadener Kurier und in der Allgemeinen Zeitung Mainz?
Nr. 257	Christian Diers FDP Dez. V z.w.V.	Am 18.12.2024 hat die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der Kooperationsmehrheit die Fortschreibung des lokalen Nahverkehrsplans beschlossen. Wesentlicher Inhalt ist dabei die Festlegung, dass die Implementierung eines Straßenbahnsystems in Wiesbaden „zwingend erforderlich“ ist. Damit handelt es sich um eine Art Grundsatzbeschluss durch den die Kooperation zum Ausdruck bringt, dass nun ein neuer Versuch unternommen werden soll, eine Straßenbahn in Wiesbaden zu implementieren. Nach der Novellierung der HGO ist ein neuerlicher Bürgerentscheid über dieses Vorhaben nicht mehr möglich, sodass es für ein „Ja“ oder „Nein“ zur Citybahn auf die Kommunalwahl 2026 ankommt. Ich frage daher den Magistrat: 1. Inwiefern wurde die Festlegung auf eine Straßenbahn zwischen den Erstellern des NVP und dem Dezernat im Rahmen der Erstellung des NVP besprochen? 2. Welche Daten liegen der Aussage zu Grunde, dass eine Straßenbahn „zwingend erforderlich“ sei und wie wurden diese Daten erhoben?
Nr. 258	Janine Vinha Volt Dez. III z.w.V.	Der „DigitalTruck“ besucht als rollendes Klassenzimmer seit 2021 Grundschulen in ganz Hessen. Durch anschauliche Methoden soll das Interesse der Schüler:innen an der Digitalisierung geweckt werden. Die Workshops sind für Schüler:innen der Klassen drei und vier konzipiert. 2025 sind in der Digital-Truck-Tour erstmals weiterführende Schulen (5. und 6. Klasse) einbezogen.² Ebenfalls neu ist das Thema künstliche

² [Digital-Truck tourt im Jahr 2025 an mehr Schulen mit erweitertem Programm | digitales.hessen.de](https://digitales.hessen.de)

		Intelligenz. Tour-Daten für Wiesbaden sind vom 20.10. bis zum 31.10.25. Ich frage den Magistrat: 1. Welche Wiesbadener Schulen nehmen mit welchen Klassenstufen teil? 2. Wie wurden die Schulen ausgewählt? 3. Wie hoch ist die Anzahl der Teilnehmenden pro Workshop? 4. Gibt es Ansätze, Workshop-Inhalte in den Schulen fortzuführen und in weiteren Klassen zu vermitteln? 5. Findet eine Evaluation statt? 6. Gibt es vergleichbare Programme für Kindertagesstätten?
Nr. 190	Louise-Lydia Wagenbach CDU Dez. II z.w.V.	In der Richard-Wagner-Anlage steht ein kleines Häuschen, dass durch die Stadt angefangen wurde zu restaurieren. Nach Angaben der Mitarbeiter stehe dieses unter Denkmalschutz. Seit ca. 1 Jahr stocken die Arbeiten. Leider ist das Haus nun wieder beschmiert und des Öfteren während unkontrollierten nächtlichen Partys von Vandalismus betroffen. Ich frage den Magistrat, 1. wer ist für das Objekt zuständig? 2. Wieso wurden die Arbeiten nicht abgeschlossen? 3. Wann werden die offenen Stromkabel und Malerarbeiten sowie die restlichen Arbeiten beendet? 4. Wieso wird das Ordnungsamt nicht tätig, wenn die ELW vermehrt Müll und Vandalismus an dem Objekt bemerkt? 5. Welche Kosten sind für die Restauration und den wiederkehrenden Vandalismus (sowohl im Hinblick auf die Aufräumarbeiten als auch auf die Instandsetzung) bisher entstanden? Mit welchen Kosten rechnet man noch bis zum Abschluss der Arbeiten? 6. Welche Maßnahmen werden zukünftig zum Schutz des Objekts ergriffen?
Nr. 260	Katharina Ostermann FDP Dez. I z.w.V.	Im Jahr 2020 wurde die Einführung der sog. Mattiaqua-Card beschlossen. Diese soll den Eintritt in die Wiesbadener Bäder vereinfachen und gewährt bei der Einzahlung bestimmter Beträge auf die Karte bestimmte Rabattierungen auf den Eintrittspreis. Ich frage daher den Magistrat: 1. Wie viele mattiaqua-cards wurden mittlerweile ausgegeben? 2. Wie häufig kommt es bei der mattiaqua-card zu Einzahlungen von mehr als 20, 100, 200 und 300 Euro, sodass eine entsprechende Rabattierung ausgelöst wird?

		3. Gibt es eine Übersicht, in welchen Bädern die mattiaqua-card wie häufig genutzt wird?
Nr. 187	Dr. Gerhard Uebersohn SPD Dez. V z.w.V.	Die Radroute Wiesbaden-Hofheim führt zwischen Nordenstadt und Wallau entlang der A66 über Wirtschafts-/Feldwege. Diese sind häufig stark verschmutzt; es hat sich viel Schlamm und Kies von den Feldern angesammelt. Auch fließt auf dem tieferliegenden Abschnitt Wasser nicht ab und steht nach Regen großflächig auf dem Weg. Zuletzt kam es v.a. auf Höhe der Flurstücke "Am Heiker" und "Auf den Bierauer Wiesen" zu starken Verschmutzungen und großen Eisflächen auf dem Weg. Ich frage den Magistrat: 1. Wer ist für die Reinigung des Weges bei starken Verschmutzungen verantwortlich? 2. Existieren Pläne, auf dem Weg stehendes Wasser bspw. per Drainage zu verhindern? 3. Wie kann eine regelmäßige, bedarfsgerechte Reinigung erreicht werden - auch von anderen Wirtschaftswegen, die gleichzeitig als Radweg dienen?
Nr. 194	Katharina Ostermann FDP Dez. II z.w.V.	Der Bodenbelag der Wiesbadener Kuranlagen, beginnend ab der Josef-von-Lauff-Straße bis hoch nach Sonnenberg, ist vorwiegend Feinschotter- oder Splitt-ähnlich. Dies führt nach Regenfällen oftmals zu Schlamm- und Matsch-artigen Bedingungen, die Aktivbesuchern des Kurparks keine Freude bereiten. Von Januar bis Februar 2024 fanden schließlich größere Aufschüttungsarbeiten zur Erneuerung des Bodenbelags im Kurpark-Stück zwischen Josef-von-Lauff-Straße und Fichtestraße, statt. Leider ohne große erkennbare Verbesserung. Daher frage ich den Magistrat: 1. Warum wurde sich erneut für einen Feinschotter- oder Splitt-ähnlichen Bodenbelag bei der Erneuerung im Januar/Februar 2024 entschieden? 2. Wie viel kostete die Aufschüttung des Kurpark-Abschnittes? 3. Wie regelmäßig müssen Aufschüttungsarbeiten getätigt werden? 4. Gibt es Überlegungen den Bodenbelag grundsätzlich zu ändern, um die Robustheit zu stärken und Matsch-/Schlamm-/Pfützenbildung zukünftig zu vermeiden?
Nr. 263	Achim Sprengard Volt Dez. I z.w.V.	Die Rettbergsaue ist ein beliebtes Naherholungsgebiet für Bürger*innen und Gäste der Stadt Wiesbaden. Aktuell ist dort lediglich eine Toilette vorhanden, die nicht an die Kanalisation angeschlossen ist. Die Reinigung erfolgt durch ehrenamtliches Engagement, teilweise bis zu zweimal täglich durch Vereinsmitglieder.

		Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat: 1. Welche Möglichkeiten sieht die Stadt, die sanitäre Situation auf der Rettbergsaue nachhaltig zu verbessern? 2. Ist ein Anschluss an die Kanalisation, etwa über eine Leitung zur Pumpstation an der Brücke, technisch und finanziell realisierbar? 3. Gibt es alternative Lösungen (z. B. ökologische Trockentoiletten oder regelmäßig geleerte Vakuumsysteme), die geprüft werden?
Nr. 264	Rainer Pfeifer CDU Dez. II z.w.V.	Nordenstadt hat an seinen Ortseingängen und im Ort Kreisel mit Grünbestand, die ganzjährig gepflegt werden müssen. In der Vergangenheit hat es sowohl durch Stadtrat Kowol als auch durch Bürgermeisterin Hinnerger finanzielle Unterstützung gegeben. Davor musste jedoch immer der Ortsbeirat durch seine Finanzmittel (Volumen ist mit ca. 23.000 € im Jahr sehr eingeschränkt) in Vorlage treten. Ich frage den Magistrat: 1. Welche dauerhaften Lösungen schlägt der Magistrat vor, damit diese etwa 5.000 € jährlich (inkl. San-Sebastian-Platz) im Haushalt festingeplant werden? 2. Gibt es von Seiten des Magistrats einen Vorschlag, wie die Pflege jährlich sichergestellt werden kann? 3. Besteht für den Ortsbeirat Nordenstadt die Möglichkeit, wie z. B. in Schierstein und Erbenheim die Kostenübernahme durch Sponsoring zu reduzieren oder gar komplett zu übernehmen? 4. Welche Lösungen gibt es in der gesamten Stadt, die eine jährliche Pflege von Kreiseln in der Stadt sichern?
Nr. 265	Annette Schmitt SPD Dez. V z.w.V.	Im Nachgang des Mobilitätsausschusses im Mai 2025 kam der RMV mit Blick auf die über Wochen entfallenden S-Bahn-Verbindungen nach Mainz zu folgendem Schluss: "Neben den lokalen Busverbindungen besteht zwischen den Hauptbahnhöfen der Landeshauptstädte Wiesbaden und Mainz zwei Mal stündlich eine Fahrtmöglichkeit mit der RMV-Linie RB75. Kapazitätsengpässe sind uns nicht bekannt." Ich frage daher den Magistrat: 1. Teilt der Magistrat diese Auffassung? 2. Falls ja: Was spricht gegen eine dauerhafte Einstellung der S-Bahn-Linien 8 und 9 nach Wiesbaden, wenn dadurch keinerlei Kapazitätsprobleme auf RB75 und Bus 6 entstehen?

		3. Falls nein: Wie wird bei ähnlich umfangreichen Sperrungen in Zukunft reagiert?
Nr. 191	Marc Dahlen CDU Dez. V z.w.V.	Der Paulinenhang befindet sich in erstklassiger Lage, aber auch bereits seit sehr langer Zeit in einem unansehnlichen Zustand. Insbesondere ist das Grundstück, auf dem ehemals das Paulinenschlösschen stand und der angrenzende Straßenbereich vermüllt und verwildert. Gleichzeitig parken dort täglich eine große Anzahl von Fahrzeugen, ohne dass eine Bewirtschaftung des Parkraums vorgenommen wird. Ich frage den Magistrat, 1. warum der Paulinenhang der Verwahrlosung preisgegeben wird und keine adäquaten Reinigungs- und Pflegemaßnahmen durchgeführt werden? 2. wie der Stand der Planungen zur Entwicklung des Areals ist? 3. warum keine Bewirtschaftung der „wilden“ Parkflächen erfolgt und die Landeshauptstadt Wiesbaden sich so erhebliche Einnahmen entgehen lässt?
Nr. 268	Janine Vinha Volt Dez. I z.w.V.	Drohnen können die Feuerwehr bei Brandortung, Personensuche, Lageerkundung oder Gewässerüberwachung unterstützen und die Effizienz und Sicherheit von Einsätzen erhöhen. Im Main-Taunus-Kreis wurde ein Drohnenverbund gegründet, dem Feuerwehren aus Bad Soden, Hofheim, Hattersheim, Kelkheim sowie die in Flörsheim stationierte Informations- und Kommunikationsgruppe (luK) des Kreises angehören.³ Die Feuerwache Hattersheim nutzt eine gesponserte Drohne der Firma Poly-clip System.⁴ Ich frage den Magistrat: 1. Verfügen Wiesbadener Feuerwehren und Hilfsorganisationen über Drohnen? 2. Wie werden diese eingesetzt? 3. Ist ein Drohnenverbund für Wiesbaden vorhanden oder geplant? 4. Welche Förderprogramme können genutzt werden? 5. Können in Wiesbaden gesponserte Drohnen, wie in Hattersheim eingesetzt werden?
Nr. 269	Alexander Winkelmann FDP Dez. V z.w.V.	Teil des neuen Nahverkehrsplans ist u.a. die Schaffung eines 2. Betriebshofes für ESWE Verkehr. Dieser soll erforderlich sein, weil die Fahrzeugflotte von ESWE Verkehr nach EU-Vorgaben jedenfalls emissionsarm werden muss. Bereits ohne diesen neuen Betriebshof besteht ein erhebliches Finanzierungsdefizit bei ESWE

³ [Drohnenverbund der MTK-Feuerwehren startet mit gemeinsamer Übung - Kreisfeuerwehrverband Main-Taunus e.V.](#)

⁴ [Feuerwehr MTK: Hattersheimer Innovationsführer "Poly-clip System" sponsert ... | Presseportal](#)

		Verkehr, das durch entsprechende städtische Mittel ausgeglichen werden muss. Die Finanzierung dieser Maßnahme hat in den bisherigen Beschlussfassungen keine Rolle gespielt. Ich frage daher den Magistrat: 1. Mit welchen Gesamtkosten rechnet der Magistrat für die Einrichtung eines 2. Betriebshofes für ESWE Verkehr? 2. Welche Finanzierungskonzepte hat der Magistrat bereits entwickelt, um die unter 1. dargelegten Kosten zu decken?
Nr. 195	André Weck CDU Dez. VI z.w.V.	Horte ergänzen die schulische Bildung und Betreuung und sind grundsätzlich rechtsanspruchserfüllend. Ab 2026 wird der Rechtsanspruch auf Ganztags für Kinder im Grundschulalter schrittweise eingeführt, was Auswirkungen auf die Hortplätze haben könnte. Ich frage den Magistrat, 1. wie viele Hortplätze gibt es aktuell in Wiesbaden? 2. sind neue Hortplätze geplant? 3. gibt es aktuell Pläne, Hortplätze zu reduzieren und wenn ja, warum? 4. gibt es Erkenntnisse über die Wünsche von Eltern, explizit Hortplätze (statt reine Ü3- oder Ü6-Angebote) zu nutzen?
Nr. 271	Jeanette-Christine Wild FDP Dez. II z.w.V.	„In Wiesbaden ist die Fütterung an allen stehenden Gewässern der Grünanlagen nach § 8 der Gefahrenabwehrverordnung verboten, um diese empfindlichen Lebensräume für wilde Tiere zu schützen.“, so heißt es auf der Website der Landeshauptstadt Wiesbaden. Dieses Fütterungsverbot wird insbesondere mit dem Tierwohl begründet. Um auf das Verbot hinzuweisen, sind an den entsprechenden Gewässern der Grünanlagen Hinweisschilder aufgebaut. In letzter Zeit ist aufgefallen, dass diese Hinweisschilder wegen erheblicher Verwitterung teils nicht mehr lesbar sind (so z.B. am Warmen Damm). Ich frage daher den Magistrat: 1. Wie viele Verbotsschilder sind in den Wiesbadener Grünanlagen insgesamt aufgebaut? 2. Wer ist für die Kontrolle und Instandhaltung der Schilder zuständig und wie oft erfolgen Kontrolle und Instandhaltung? 3. Sieht der Magistrat - auch vor dem Hintergrund steigender Vogelpopulation - Bedarf weitere Verbotsschilder aufzustellen?

Nr. 174	Lukas Schnabel SPD Dez. II z.w.V.	Zur Unterstützung der strategischen Weiterentwicklung von Innenstädten wird seit Januar 2023 das digitale Tool LeAn als Open-Source-Lösung vom Bund zur Verfügung gestellt. Es bietet aus Sicht des Deutschen Städtetages die Möglichkeit eines vorausschauenden Leerstands- und Ansiedlungsmanagements. Ich frage den Magistrat: 1. Inwieweit wird das Tool LeAn als nützlich eingeschätzt, um in der LHW ein Leerstandskataster aufzubauen und ein proaktiveres Ansiedlungsmanagement für die Innenstadt zu schaffen? 2. Gibt es bereits Überlegungen, das Open-Source-Tool auch in Wiesbaden einzuführen und zu nutzen?
Nr. 273	Hartmut Bohrer Linke Dez. I z.w.V. Eingang: 01.07.2025	Nach einer Erklärung der US Army im Jahr 2015, die noch bis 2018 mehrfach bestätigt wurde, drei von der US Army genutzte Militärf Flächen in Wiesbaden bis 2022 bzw. 2023 zur zurückzugeben, erfolgte vorfristig eine Teilfreigabe von über 4 ha des Geländes mit der bisherigen Bezeichnung "Kastel Housing Area". Auf diesem entstanden Geflüchtetenunterkünfte, die Bertha-von-Suttner-Schule und zahlreiche Wohnungen der GWW und der SEG, bei denen auch die vorgesehene Quote an geförderten Wohnungen erfüllt wurde. Der Ortsbeirat Mainz-Kastel hat einstimmig für diesen Bereich den Namen Kastanienquartier vorgeschlagen. Ich frage den Magistrat: 1. Welche Initiativen wurden seitens des Magistrats in den Jahren 2021- 2024 und in diesem Jahr (nach Wahl des US-Präsidenten) unternommen, um den gegenwärtig noch militärisch genutzten Teil von über 7 ha ebenfalls einer zivilen Nutzung zuzuführen? 2. Welche Aktivitäten plant der Magistrat hierzu in diesem und im nächsten Jahr?
Nr. 274	Ronny Maritzen Linke Dez. I z.w.V. Eingang: 01.07.2025	In der Nacht zum 26. Juni 2025 kam es auf dem Gelände der Firma Knettenbrech & Gurdulic zu einem Großbrand. Ich frage den Magistrat: 1. Wie kam es dazu, dass auf dem Gelände der Firma Knettenbrech & Gurdulic ein derart großer Haufen brennbaren Sperrmülls gelagert wurde, der in der Nacht zum 26. Juni 2025 zu einem ausgedehnten Großbrand führte? 2. Welche Kontrollen und Prüfungen der Lagerung und des Umgangs mit brennbaren Abfällen wurden in den vergangenen fünf Jahren auf dem genannten Gelände durchgeführt? 3. In welcher Form wurden etwaige Verstöße dokumentiert und sanktioniert?

		4. Welche Konsequenzen zieht der Magistrat aus dem Vorfall, insbesondere im Hinblick auf die Zuständigkeiten und Abläufe der Überwachung privater Entsorgungsbetriebe? 5. Welche konkreten Maßnahmen plant er, um vergleichbare Brände zukünftig zu verhindern (z. B. Anpassung von Rahmenbedingungen, häufigere Kontrollen, Informationspflichten)?
Nr. 208	Dennis Friedrich CDU Dez V z.w.V.	Aktuell sieht man auf den Litfaßsäulen der Stadt vermehrte Plakatwerbung für die Ladeinfrastruktur im neuen Parkhaus am Elsässer Platz. Der Rückmeldung im Mobilitätsausschuss nach ist die Nachfrage nach Stellflächen für das Parkhaus bereits erwartungsgemäß hoch. Ich frage den Magistrat daher: 1. Wie viele der Stellplätze sind bereits vergeben, bzw. wie hoch ist die abschließende Nachfrage nach Stellplätzen? 2. Wie viele Anfragen müssen voraussichtlich abgelehnt werden, sollten bereits alle Flächen vergeben sein? 3. Wer hat die Marketingmaßnahme für die Stellflächen und die Ladeinfrastruktur in Auftrag gegeben und wann? 4. Wie viel hat die Werbemaßnahme gekostet?
Nr. 108	Monika Giesa AfD Dez. V z.w.V.	Eigenen Recherchen zufolge muss jeder der rund 80 Stadtpolizisten im Außendienst mehrere Trainingsmodule im Jahr absolvieren, in denen u. a. das Anlegen von Handfesseln, Pfeffersprayeinsatz, Eigensicherung im Nahbereich geübt werden. Die Trainingseinheiten finden fast alle in einem Trainingsraum statt, der nur mit Hallenturnschuhen betreten werden darf. Obwohl das Einsatztraining eine Pflichtaufgabe ist, müssen die Stadtpolizisten für die Beschaffung der Hallenturnschuhe bisher privat aufkommen. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: 1. Trifft die geschilderte Sachlage grundsätzlich zu? 2. Weshalb findet keine Kostenübernahme durch den Dienstherrn statt? 3. Wie hoch wären die Gesamtkosten einer Kostenübernahme? 4. Gibt es noch andere für die Dienstausbildung sinnvolle oder gar erforderliche Ausrüstungsteile, die die Stadtpolizisten regelmäßig auf eigene Kosten erwerben?
Nr. 146	Louise-Lydia Wagenbach CDU	In den einzelnen Bauphasen in der Bahnhofstr. kam es immer wieder zu Verlegungen der Baustellen. Besonders unübersichtlich war die Einrichtung der Baustelle im Kreuzungsbereich Bahnhofstr./Friedrichstr. Der aus der

	Dez. V z.w.V.	Friedrichstr. kommende Verkehr in Richtung Wilhelmstr. wurde an der Ampel im Kreuzungsbereich um die Baustelle herum in den Gegenverkehr geleitet. Aufgrund des im Kreuzungsbereich abgestellten Baggers und des nicht einsehbaren Rückstaus kam es während des Wochenmarktes zu gefährlichen Situationen, in denen sich die Verkehrsströme auf einer Spur begegneten. Ich frage den Magistrat, 1. aus welchem Grund eine solche gefährliche Baustelleneinrichtung im Kreuzungsbereich Friedrichstr./Bahnhofstr. gewählt wurde? 2. ob es keine Möglichkeit für eine sichere Verkehrslenkung gab? 3. wie zukünftig eine solche gefährliche Baustelleneinrichtung vermieden werden kann? Insbesondere, dass Bagger im Kreuzungsbereich abgestellt werden?
Nr. 152	Silas Gottwald SPD Dez. V z.w.V.	Die Stadt Frankfurt räumte im Mai 2023 ein, dass durch steigende Fallzahlen und personeller Überlastung nicht alle angezeigten Parkverstöße geahndet werden konnten. Nur jede sechste bis achte, privat übermittelte Anzeige mündete in ein Verwarngeld. Allein über das Portal "weg.li" wurden in Wiesbaden im Jahr 2022 knapp 3.100 private Anzeigen wegen Parkverstößen gestellt; in den ersten beiden Quartalen diesen Jahres bereits 2.300 - Tendenz steigend. Ich frage den Magistrat: 1. Wie viele Privatanzeigen sind im Jahr 2022 sowie im ersten Halbjahr 2023 eingegangen? (Nach Quartal) 2. Wie viele davon wurden nicht innerhalb der Verjährungsfrist bearbeitet? (Nach Quartal) 3. Falls ein nennenswerter Rückstau existiert: Nach welchen Kriterien werden die Anzeigen bei der Bearbeitung priorisiert?
Nr. 279	Louise-Lydia Wagenbach CDU Dez. I z.w.V. Eingang 30.09.2025	Ortsbeiräte sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Bürgern und der Verwaltung. Sie ermöglichen demokratische Teilhabe auf lokaler Ebene und leisten einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Entscheidungsfindung. Diese Arbeit verdient Anerkennung und Wertschätzung. Leider wird in der Praxis die Bedeutung dieser Gremien oft nicht ausreichend gewürdigt. Insbesondere fällt auf, dass die Dezernenten regelmäßig nicht an den Sitzungen der Ortsbeiräte teilnehmen und auch keine Vertreter entsendet werden. Ich frage den Magistrat: 1. Wie bewertet der Magistrat die wiederholte Abwesenheit der Dezernenten bei den Sitzungen der OBR?

		2. Welche Gründe liegen vor, dass keine Vertretungen entsendet werden? 3. Welche konkreten Maßnahmen plant der Magistrat, um die Arbeit der Ortsbeiräte stärker wertzuschätzen und künftig eine regelmäßige Teilnahme oder zumindest angemessene Vertretung durch die Verwaltung sicherzustellen? 4. Bei wie vielen Sitzungen waren keine Dezernenten anwesend?
Nr. 124	Joachim Tobschall SPD Dez. V z.w.V.	Mit den vier kommerziellen Car-Sharing-Anbietern Flinkster, book'n'drive, scout24 und Stadtmobil verfügt Wiesbaden über ein erfreuliches, wachsendes und mehr und mehr flächendeckendes Angebot an CarSharing-Fahrzeugen. Die Vielzahl an Anbietern bringt allerdings nicht nur Vorteile. Zum Buchen der Fahrzeuge sind mehrere Apps und damit mehrere Kundenkonten notwendig, teilweise auch mit mehrfachen Monatsgebühren. Dabei ist es aus Kundensicht oftmals egal, welchem Anbieter das jeweilige Auto gehört. Wir fragen den Magistrat: Welche Optionen und Regelungsmöglichkeiten bestehen aus kommunaler Sicht, um auf einheitliche, anbieterübergreifende Kundenkonten, Tarifpakete und Buchungsmöglichkeiten hinzuwirken?
Nr. 209	Dr. Klaus-Dieter Lork AfD Dez. III z.w.V.	Im Wiesbadener Kurier von 21. Juni 2024 findet sich ein Artikel mit dem Titel „Staatstheater erhält miese Noten für Verwaltung“. In diesem geht es um einen KPMG-Bericht, der u.a. auf der Grundlage von Gesprächen mit Mitarbeitern, dem Direktor sowie den damals noch gar nicht im Amt befindlichen neuen Intendantinnen entstanden sei. Der Einzige, mit dem man nicht gesprochen habe, sei Herr Laufenberg, einer der beiden Hauptverantwortlichen. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: Ist es zutreffend, dass die Untersuchung durchgeführt wurde, ohne mit Herrn Laufenberg zu sprechen? Falls ja, wie konnte man ohne die Anhörung des zweiten Hauptverantwortlichen belastbare Ergebnisse erwarten?
Nr. 275	Marc Dahlen CDU Dez. V z.w.V. Eingang 25.07.2025	Die Neuregelung zum Umtausch nicht entwerteter Sammelkarten hat zu Unmut geführt. Inzwischen wurde eine einmalige Kulanzfrist bis zum 31.8. gewährt. Bislang war es möglich die nicht genutzte Sammelkarten gegen Zahlung des Differenzbetrags umzutauschen Ich frage den Magistrat, 1. Wie viele Sammelkarten wurden in den letzten 3 Jahren umgetauscht?

		2. Welche Informationsmaßnahmen wurden getroffen, um rechtzeitig über die neue Umtauschregelung zu informieren? 3. Welche Begründung gibt es für den Wegfall der bisherigen Regelung? 4. Wäre die bisherige Umtauschlösung als einheitliche Regelung im Verkehrsverbund Mainz-Wiesbaden nicht die kundenfreundlichere Lösung gewesen? 5. Wieso wurde die Kulanzfrist so kurz bemessen (nicht bspw. 31.12.25) und erfolgte erst nach öffentlicher Kritik? 6. Hat eine rechtliche Prüfung dahingehend stattgefunden, ob die verkürzte Umtauschfrist unter Berücksichtigung der wesentlich länger laufenden Regelverjährungsfrist zulässig ist und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
--	--	--